

## **Beschluss**

### **des Tribunals über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung**

Burkhard Plemper, der Sprecher der Jury, verkündet folgenden Beschluss, der einvernehmlich gefasst wurde.

*(Der Text wurde sprachlich bereinigt, Korrekturen von Manfred und Burkhard)*

Meine Damen und Herren,

die Jury hat sich beraten, nachdem wir alle zusammen die Plädoyers der Verteidigung und der Anklage gehört haben. Wir hatten eine muntere, in Teilen kontroverse Diskussion. Wir können nicht sagen, dass wir alles ausdiskutiert haben. Wenn wir das getan hätten, hätten wir Sie heute Abend sicherlich überfordert. Ich stelle vor, was wir zusammengetragen haben und lasse mich gern von der Jury korrigieren und ergänzen.

**Der erste Punkt betrifft das Thema dieses Tribunals – Dressur zur Mündigkeit. Die Jury ist zu dem Schluss gekommen, dass es eine Dressur zur Mündigkeit nicht gibt, weil man niemanden durch Dressur zur Mündigkeit bringen kann. Der Gegensatz kann nicht überbrückt werden.**

Wir wollen nicht über die einzelnen Beispiele, über die ergreifenden Schilderungen etwas sagen, denn es war die einhellige Auffassung, dass das, was wir hier gehört haben, diese Schilderung aus der Praxis, schlicht rechtswidrig gewesen ist. Dafür gibt es keine Rechtfertigung.

Uns geht es um das Problem insgesamt. Es geht um das Problem der Heimerziehung und hier um das besondere Problem der geschlossenen Unterbringung in der Heimerziehung – in all seinen vielfältigen Facetten. Die Jury ist zu dem Schluss gekommen, dass die Fokussierung auf die drei Artikel – Art. 2 mit dem Diskriminierungsverbot, Art. 9 zur Trennung von den Eltern sowie Art. 12 zum Anhörungsgebot von Kindern – als Basis für eine Auseinandersetzung eigentlich zu schmal ist. Dass man weiter ausholen und man auch breiter ansetzen muss, denn das, was wir in der geschlossenen Unterbringung sehen, ist das Ende einer langen Kette von Ereignissen und die Spitze eines Eisberges.

In der Jury waren wir uns allerdings einig, diese drei Artikel der Kinderrechtskonvention werden durch die jetzige Praxis verletzt. Darüber hinaus ist das Recht auf gewaltfreie Erziehung auch im BGB festgeschrieben und das gilt nicht nur für die geschlossene Unterbringung, sondern das gilt für die Erziehung insgesamt.

Wir haben uns die Frage gestellt, ob es rechtfertigende Gründe für diese Beispiele gibt, die wir ja als rechtswidriges Handeln eingestuft haben. Es gibt – und da folgen wir auch nicht der Verteidigung – aus rechtlicher Sicht keine rechtfertigenden Gründe für Zwang oder Gewalt, also auch nicht vorübergehend oder zur Abwendung von Schaden oder zur Erlangung eines Zieles; es gibt keine rechtfertigenden Gründe für diese Art der Behandlung von Kindern und Jugendlichen. Und – was In diesem Zusammenhang vielleicht genauso wichtig ist – es gibt dafür auch keine erziehungstheoretische oder wissenschaftliche Begründung. Es gibt also – keine erziehungswissenschaftlich fundierte Rechtfertigung, Zwang gegen Kinder und Jugendliche auszuüben, um sie so zu einer angeblichen Mündigkeit zu erziehen.

### **Die Frage ist, was machen wir dann.**

Andere Heime? Die Heime anders? Wenn es um die geschlossene Unterbringung geht, gibt es keine andere Möglichkeit als die geschlossene Unterbringung abzuschaffen. Es ist dies auch keine utopische Forderung, denn wir haben ja gerade in Hamburg gelebt, dass es möglich ist und dass es auch eine Zeit lang praktiziert worden ist. Und dass diese Praxis dann aus politischen Gründen aufgegeben worden ist.

### **Welche Anforderungen an die Praxis ergeben sich nun daraus?**

Wir haben gehört, gerade aus der Arbeit mit Straßenkindern, was notwendig ist, nämlich zuhören, Gespräche anbieten und für sichere Orte sorgen. Es geht also um „Housing First“. Das bedeutet, knüpft die Hilfe an die Erfüllung nicht an bestimmte Bedingungen, sondern schafft andere Situationen, schafft den Leuten ein Dach über den Kopf, und dann kann man auch andere Ziele angehen und an denen arbeiten.

### **In den Blick geraten ist in der Jury auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie.**

Die war zwar heute nicht wirklich Gegenstand, auch wenn wir dazu etwas gehört haben, aber sie ist Teil des Problems. Denn wir haben ja gehört, dass Kinder aus der Jugendpsychiatrie dann doch irgendwann in der Jugendhilfe landen. Und dann in geschlossenen Heimen untergebracht werden. Das ist ein Zustand, den die Jury für nicht haltbar hält.

In diesem Zusammenhang gibt es eine ganze Reihe von Forderungen, denn die Frage ist ja immer:

### **Wer soll das alles durchsetzen?**

Forderungen an politische Instanzen sind zu stellen. Die Jury sieht ein grundsätzliches Problem darin, dass der ganze Bereich der stationären Unterbringung – und nicht nur der der Kinder und Jugendlichen, marktförmig organisiert ist. Es wird damit also Geld verdient und es gibt ökonomische Interessen, die gegebenenfalls den Interessen der Untergebrachten zuwider laufen. Das kennen wir nicht nur aus der Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch zum Beispiel aus der Altenhilfe. Es ist also ein strukturelles Problem.

### **Wer kann dabei helfen?**

Es ist natürlich eine fachliche Herausforderung, es ist aber vor allem eine politische Herausforderung. Und es gilt, Bündnispartner dafür zu gewinnen. Da kommt die oft zitierte Zivilgesellschaft ins Spiel, also diejenigen, die dafür streiten. Es wurden auch die Kirchen genannt. Ich bin da immer etwas zurückhaltend, denn schließlich sind Kirchen auch Träger von Einrichtungen, die in der Kritik stehen. Natürlich gehören die Gewerkschaften dazu. Auch wenn wir es zurzeit gerade erleben, dass die Interessen der Gewerkschaften nicht immer mit denen anderer übereinstimmen, zum Beispiel was die Braunkohle angeht. Aber das ist ein anderes Thema.

Die Schulen gehören dazu. Und es ist ja in der Fachszene eine alte Sache, dass Schule und Jugendhilfe sich besser verzahnen müssten. Dann müssten die Schulen noch etwas tun, denn bisher sind sie eher Teil des Problems und man muss dafür sorgen, dass sie Teil der Lösung werden.

Wichtig und ganz konkret sind Nachbarschaften. Man denkt ja jetzt viel in Quartieren und da tut sich auch einiges. Das könnte man ja auch als Chance nehmen, die Eskalation, die zu einer Fremdunterbringung und dann gegebenenfalls noch zu einer geschlossenen Unterbringung führt zu vermeiden.

Das Problem dabei ist, dass wir hier zwar darüber reden können, aber uns fehlen die Druckmittel. Wir haben die Möglichkeit der Skandalisierung und das passiert ja auch, wenn wir eine Sache in die Öffentlichkeit bringen. Der entscheidende Schritt ist, von der Schilderung skandalöser Einzelfälle zur wirksamen Thematisierung struktureller Probleme zu

kommen. Da gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten, denn nun wird es komplex und kompliziert. Und da gab es zum Schluss einen grandiosen Vorschlag:

### **Wir starten jetzt eine Heimkampagne 3.0!**

Die erste Kampagne gab es in den Sechzigern, die zweite war in den Achtzigern mit der Abschaffung der geschlossenen Unterbringung. Und es spricht eigentlich nichts dagegen, es jetzt noch einmal zu versuchen

Einige Ergänzungen zu den Ausführungen von Burkhard Plemper:

**Reinhart Wolff:** Wir sollten noch einmal unterstreichen, dass es hier nicht um Einzelfälle geht, sondern um eine ideologische Tendenz. Heinz Steinert trifft das genau, wenn er von Ideologieproduktion mit Menschenopfern spricht. Das entspricht der Tendenz totalitärer Erziehungspraktiken. Es ist also ein programmatisches und konzeptuelles Problem, wie wir zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen in der Praxis solidarische Hilfeformen entwickeln und durchsetzen. Und auch alle diejenigen stark machen – das ist durch die Beispiele ja sehr deutlich geworden –, die verlässliche Orte bereitstellen oder herstellen. Und die sich dafür einsetzen, dass ein gutes Leben möglich wird. Trotz aller Widersprüche und Spannungen. Insofern war der Hinweis der Anklage auf diesen ideologischen Zusammenhang sehr wichtig.

**Sieglinde Frieß:** Unterstreichen möchte ich noch mal, dass wir jegliche Form von Gewalt und Zwang ablehnen. Wenn wir für Demokratie und Solidarität eintreten, müssen wir solche Einrichtungen abschaffen bzw. verhindern und dagegen kämpfen. Das ist wichtig, das noch einmal zu betonen, dass vieles zur Zeit darauf hinausläuft, dass Rechte das Ruder in die Hand nehmen. Und unsere Arbeitsethik diskreditieren wollen. Wir wehren uns dagegen! Was ich noch ergänzen wollte: In der Auseinandersetzung um die Braunkohle ist die Mehrheit für den Erhalt des Waldes und die Beendigung der Braunkohleförderung. Mir ist aber wichtig, dass es nicht bei einem Gegeneinander bleibt. So ist es hier auch, dass hier viele sitzen, die ein großes Interesse daran haben, mehr Selbstbestimmung in der Arbeit zu ermöglichen. Und sehr großes Interesse haben, mehr Hilfen und weniger Eingriffe anzubieten, also eine breitere Palette zur Verfügung zu haben. Denn im Moment haben wir die Situation, dass sich die Politik sowohl gegen unsere Adressaten als auch gegen uns selbst wendet. Sie nehmen

einen bestimmten Prozentsatz dieser Gesellschaft einfach nicht mehr wahr. Deshalb ist es mir so wichtig, dass sich nicht nur die Menschen, für die wir da sind, organisieren, sondern dass auch wir uns als Beschäftigte organisieren gemeinsam kämpfen und gemeinsam uns wehren. Auch wenn ich dann nerve, mir ist es noch immer wichtig, keine Feindbilder aufzubauen, sondern miteinander für eine bessere Welt zu kämpfen.

*(Ende des Beschlusses)*

Abschließend kommen noch einmal diejenigen zu Wort, die auch in der modernisierten Heimerziehung gelitten haben.

**Eine junge Frau:** Ich bin Geschädigte bzw. mein Sohn. Wenn mich eine Freundin fragen würde, was sie tun sollte, wenn sie Schwierigkeiten mit ihrem Kind hat und das Jugendamt bzw. die Jugendhilfe an sie herantritt, dann würde ich ihr raten, eine Rechtsanwältin zu nehmen und ganz weit wegzulaufen. (Beifall)

**Renzo:**

**Felix** plädiert noch einmal für die Anerkennung der Heimkinder und für das Ernstnehmen ihre Positionen.

Es sollten mehr Gespräche zwischen Jugendamt und dem Kind stattfinden, häufig finden solche Gespräche überhaupt nicht statt. Außerdem sind Kontrollen der Heime durch das Landesjugendamt, durch die Heimaufsicht wichtig und sollten verbessert werden. Darauf legen wir als Geschädigte bzw. Beteiligte wert.

Abschluss Worte: TK